Öffentliche Bekanntmachung

Betr.: 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes der Stadt Attendorn
Nr. 5 b "Auf der Ennert"

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Attendorn hat in der Sitzung am 14.11.1988 gem. § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.08.1984 (GV NW S. 475) sowie des § 13 BauGB in Verbindung mit § 10 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGB1. I S. 2253) die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 b "Auf der Ennert" mit Begründung vom 14.11.1988 mit nachstehendem Inhalt beschlossen:

Die auf dem Grundstück Gemarkung Attendorn, Flur 34, Flurstück 22, festgesetzte überbaubare Fläche wird durch Verschiebung der Baugrenze nach Norden zur Poststraße hin auf einer Länge von 9 m um ca. 6,25 m erweitert.

Durch die Erweiterung der überbaubaren Fläche wird die städtebauliche Planaussage nicht verändert.

Das Änderungsgebiet liegt im südlichen Bebauungsplanbereich zwischen der Hofstraße und der Poststraße. Von der vereinfachten Bebauungsplanänderung ist lediglich das Grundstück Gemarkung Attendorn, Flur 34, Flurstück 22, betroffen.

Von den an der Planung berührten Trägern öffentlicher Belange bzw. Grundstücksnachbarn wurden Bedenken und Anregungen nicht vorgetragen.

Der geänderte Bebauungsplan Nr. 5 b "Auf der Ennert" und die Begründung vom 14.11.1988 liegen vom Tage der Bekanntmachung ab bei der Stadtverwaltung Attendorn, Bauverwaltungsamt, 5952 Attendorn, Kölner Str. 12 (Rathaus), Zimmer 210, zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Bekanntmachungsanordnung

Die von der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Attendorn am 14.11.1988 als Satzung beschlossene 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 b "Auf der Ennert" einschl. Begründung vom 14.11.1988 sowie Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung werden hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Über den Inhalt der Bauleitplanänderung wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 b "Auf der Ennert" gem. § 12 BauGB rechtsverbindlich.

Hinweise nach dem Baugesetzbuch und der Gemeindeordnung NW

- A. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche wegen Planungsschäden durch diese Bebauungsplanänderung wird hingewiesen.

Die Leistung dieser Entschädigung ist schriftlich bei der Stadt Attendorn, 5952 Attendorn, Kölner Str. 12, zu beantragen. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, an dem die planungsbedingten Vermögensnachteile eingetreten sind, geltend gemacht wird.

- B. Auf die Vorschriften des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Danach sind

1. eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und

2. Mängel der Abwägung

unbeachtlich, wenn sie nicht in den Fällen der Nr. 1 innerhalb eines Jahres, in den Fällen der Nr. 2 innerhalb von 7 Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Attendorn geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist darzulegen.

- C. Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.08.1984 (GV NW S. 475) kann gem. § 4 Abs. 6 GO NW gegen Satzungen, sonstige ortsrechtliche Bestimmungen und Flächennutzungspläne nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,

b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht,

c) der Stadtdirektor hat den Ratsbeschuß vorher beanstandet,

d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Attendorn gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Diese Bekanntmachung tritt an die Stelle der sonst für Satzungen vorgeschriebenen Veröffentlichung.

Attendorn, 30. Dezember 1988

R ü e n a u v e r
Bürgermeister